



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

21. Mai 1950

R/V/116

Hinweise

auf den Inhalt:

Bericht über die Internat. Kundgebung in Hambg.	S. 1
Eröffnung des Parteitages (Ollenhauer-Ref.)	S. 4
Entschliessungen zur Kriegsgef. Frage und zur Sowjetzone	S. 5a
Stellungnahme Hans vom Hoff's (DGB)	S. 7
Stimmen der Ausländer	S. 7
Wir gedenken der Nazi-Opfer	S. 8
Mitteilungen aus den Parteivorstandsberichten	S. 9

Auftakt in "Planten un Blomen"

sp. Hamburg, 21.5.1950

Bei strahlendem Sonnenschein, in dem prächtigen, parkartigen Stadtgarten 'Planten un Blomen' fand am Sonnabend abend als festlicher Auftakt des Parteitages der SPD eine internationale Kundgebung statt, zu der allein 50.000 Eintrittskarten verkauft worden waren, einige weitere 1000 kamen noch hinzu. Im Namen ihrer Heimatparteien grüßten nacheinander die deutsche Sozialdemokratie Ib Kolbjörn aus Kopenhagen, Mitglied des Vorstandes der dänischen Sozialdemokratie und des Reichstags, Otto Probst aus Wien, Zentralsekretär der Sozialistischen Partei Österreichs seit Juli 1946, Rodolfo Llopis, vorübergehend Präsident der spanischen Exilregierung, heute Generalsekretär der Sozialistischen Partei Spaniens, der zur Zeit in Paris lebt und Kees Vorrink, Vorsitzender der Partei der Arbeit in Holland. Die Fahnen der europäischen Nationen umwehten den weiten Raum.

"In England und in den skandinavischen Ländern bilden Vertreter der Arbeiterparteien seit Jahren die Regierung. Wir sind überzeugt, dass die SPD berufen ist, eine immer bedeutendere Rolle in Deutschland selbst wie in der internationalen Zusammenarbeit zu spielen", erklärte der dänische Vertreter.

Probst - Wien nannte den Kampf Österreichs um einen Staatsver-

trag, der ein Friedensvertrag sein müsste, ein "Hindernissenrennen über die Schreibtische der Alliierten", das immer noch nicht zu Ende sei. "Frieden in Freiheit" sei die Parole, nach der man eine Welt des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern bauen müssen.

Der Spanier bedauerte, dass noch kein Prozess gegen den "Henker des spanischen Volkes", Franco, stattgefunden habe, der dasselbe Schicksal wie Hitler und Mussolini verdiene. Er nannte den Faschismus eine Ausdrucksform der "faulenden kapitalistischen Gesellschaft", und zwar ihre aggressivste. "Wir dürfen keiner Gefahr ausweichen und müssen den Kampf gegen die Tyrannei aufnehmen und siegreich beenden, wo und wie immer sie auftritt!"

Koos Vorrink schliesslich ging von der Alternative aus: "Entweder wir werden ein demokratisches und gleichzeitig sozialistisches Europa errichten, oder Europa wird dem Bolschewismus anheimfallen. Wir brauchen uns gegenseitig bei der gemeinsamen Aufgabe, dieses neue Europa zu bilden. Wir haben nur wenig Zeit zu verlieren und es gibt einige erfreuliche Ansätze. Es ist eine Zeit grosser Gefahren, aber auch grosser Möglichkeiten. Ich wünsche dem Parteitag die Einsicht und die innere Kraft, die Aufgaben, die ihm im Rahmen der europäischen Notwendigkeiten gestellt sind, zu erkennen und zu lösen".

Im Mittelpunkt der Kundgebung stand die Rede Dr. Kurt Schumachers. Die Sozialdemokratie brauche, so erklärte er, keinen Konkurrenzkampf in der Frage zu scheuen, wer die besten Europäer seien. Die letzten 30 Jahre und insbesondere die letzten fünf Jahre seien ein einziges sozialdemokratisches Kämpfen für die Idee Europa gewesen. "Das Problem ist nicht, Europa zu beschwören und europäisch zu deklamieren, das Problem ist: erkennen und handeln. Die Idee der Internationalität und der Vereinigten Staaten von Europa war und ist eine Idee der europäischen Linken, denn sie ist gleichzeitig eine Idee des Kampfes der Völker um ihre Freiheit im Innern. Jetzt aber versuchen gewisse Kreise, ein Ersatz-Europa zu schaffen, das kapitalistisch und klerikal ist. Man braucht zu einem Kontinent der Freiheit und des Wohlstandes mehr als opportunistisch-taktische Manöver eines Anti-Kommunismus, man muss ein Mehr an Demokratie und sozialer Leistung zeigen, als das heute in vielen Staaten Europas üblich ist. Der Sieg Europas gründet sich auf ein pro-europäisches und nicht ein anti-östliches Programm".

Dr. Schumacher beschäftigte sich sodann mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Die Politik der Bundesregierung begünstige, sicherlich ungewollt, den Diktaturgedanken aus dem Osten, der heute in einem

anderen Gewand an uns herantrete als früher, so dass in den deutschen Rechtsparteien mit der Idee einer Entscheidung zwischen Ost und West verderblich und frivol gespielt werde. Westdeutschland wird eine Bastion des geeinten Deutschland und Europas und Träger des offensiven Geistes gegenüber dem Osten erst dann sein, wenn der letzte vom Schicksal hart und ungerecht behandelte Flüchtling, das letzte Kriegsoffer, das heute zu resignieren droht, das Gefühl hat: ich lebe in einem Staat, dessen oberster Grundsatz die Verwirklichung des Maximums an sozialer Gerechtigkeit ist. In diesem Sinne ist die soziale Frage die nationale Frage und die europäische Frage. Die europäische Demokratie lebt vom Kern sozialen Daseins und sozialer Gerechtigkeit, der in ihr lebendig ist. Es gibt in Europa keine Demokratie mit Aussicht, die nicht bewusst eine soziale Demokratie ist".

- o - o -

Der Parteitag gedenkt der Opfer des Grubenunglücks

Dicht gedrängt sassen Delegierte im Theatersaal des Besenbinderhofs, als Generalmusikdirektor Rückeburg zum Dirigentenpult trat. Mit den feierlichen Klängen der Fünften Symphonie von Beethoven, meisterhaft vorgetragen vom Hamburger Philharmonischen Orchester, wurde der Parteitag eingeleitet.

Dann trat Erich Ollenhauer, der stellv. Vorsitzende der SPD zum Mikrophon. Der Parteitag habe die traurige Pflicht, der Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche Dahlbusch bei Gelsenkirchen zu gedenken. Bei diesen Worten erhoben sich die Delegierten und Gäste des Parteitags. Bisher habe das Grubenunglück 57 Tote und zahlreiche Verletzte gefordert, fuhr Erich Ollenhauer fort, darunter in einer Familie allein vier Todesopfer. In einer Bergarbeiterfamilie bedeute der Tod des Ernährers zugleich einen sozialen Niedergang. Der Parteivorstand habe beschlossen, auf dem Parteitag eine Sammlung für die Opfer der Katastrophe zu veranstalten und den gesammelten Betrag noch heute an den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen abzusenden. Mit bewegten Worten entbot Erich Ollenhauer den Opfern der Grube Dahlbusch das Mitgefühl und die Verbundenheit des Parteitages.

- o - o -

Ollenhauer eröffnet den Parteitag

sp. Hamburg, 21.5.1950

Mit einem Dank an die Gastgeberin, die Stadt Hamburg, begann der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, seine Eröffnungsansprache zum Parteitag der SPD im Hamburger Gewerkschaftshaus. "Wir sind stolz darauf, in einer Stadt zu tagen", so erklärte er, "die unter sozialdemokratischer Verwaltung steht. Das grosszügige und eindrucksvolle Aufbauwerk, das sich in Hamburg unter sozialdemokratischer Führung vollzieht, ist ein für uns alle ermutigendes Beispiel sozialdemokratischer Initiative und Tatkraft."

Erich Ollenhauer begrüßte u.a. den Vertreter des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hans vom Hoff, und übermittelte dem ernsthaft erkrankten Ersten Vorsitzenden des DGB, Hans Böckler, die besten Wünsche für seine baldige völlige Wiederherstellung. Zum ersten Male seien als Gäste auch zehn Vertreter von Betriebsräten grosser Werke und zum ersten Male nach 1945 Vertreter der Genossenschaftsbewegung als offizielle Delegierte zugegen. Darüber freue er sich besonders.

Zu den Delegierten der befreundeten sozialistischen Parteien des Auslandes gewandt, wies Ollenhauer darauf hin, dass glücklicherweise in der Zeit seit dem Düsseldorfer Parteitag der persönliche und sachliche Kontakt zwischen den europäischen Sozialisten enger geworden sei. Es wäre aber falsch, wenn man den Eindruck erwecken wollte, dass damit alle Probleme gelöst seien. "Wir wissen heute besser als je zuvor, wie schwierig die Probleme der internationalen und einer effektiven europäischen Zusammenarbeit zu lösen sind. Die Verhandlungen dieses Parteitages werden uns das erneut bestätigen. Die Einsicht in die Schwierigkeiten kann aber unseren Willen, zu einem neuen Europa von Freien und Gleichen zu kommen, nicht brechen. Wir werden es schrittweise erarbeiten müssen".

Erich Ollenhauer hiess eine Reihe von Männern der alten Generation willkommen, die als Vertreter bester Tradition deutscher Sozialdemokraten auf dem Parteitag erschienen sind, wie: Otto Braun, Max Cohen-Reues, Wilhelm Dittmann, Paul Löbe, Carl Severing und Friedrich Stampfer.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD gedachte dann in Worten ehrenden Andenkens der seit dem letzten Parteitag verstorbenen führenden Parteimitglieder, von denen die bekanntesten sind: Franz Geiler - Freiburg, Ernst Gnoss - Düsseldorf, Josef Hofbauer - Frank-

furt, Albert Grassinski - New York, Alexander Stein - New York, Paul Bugdahn - Hamburg, Hugo Lindemann - Bensheim, Johann Reitze - Bezheim, Josef Simon - Nürnberg, Emil Kirschmann - New York, Fritz Cahn-Garnier - Mannheim, Walter Harich - Dortmund, Gustav Zimmermann - Mannheim, Albert Rosshaupter - München.

"Ein Name steht nicht in der Totenliste unseres Jahrbuches", fuhr Ollenhauer fort, "er war nicht Mitglied unserer Partei und er ist vor wenigen Wochen von uns gegangen: Léon Blum, der grosse Führer der französischen Partei und der anerkannte Repräsentant des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus in Europa. Die deutsche Sozialdemokratie trauert mit der französischen Sozialistischen Partei um einen der wertvollsten Menschen in der sozialistischen Bewegung."

Ollenhauer richtete im weiteren Verlauf seiner Ansprache, sichtlich bewegt, im Namen des gesamten Parteitages den Ruf an die ganze zivilisierte Welt: Helft uns, gebt uns unsere Kriegsgefangenen frei. - Das Schicksal von 1 1/2 Millionen Deutscher versinke hinter einem Eisernen Vorhang, wenn es bei der bekannten Erklärung der Sowjetunion bleibe. "Schafft wenigstens die Gewissheit, sorgt dafür, dass die, die noch leben, die Freiheit erhalten! Die Gewissheit mag grausam sein, aber sie ist immer noch besser, als das Grauen der Ungewissheit, weil sie in Millionen von Menschen den Willen zum Leben und zum Neuen für immer zerstört."

"Wann immer hier in den nächsten Tagen das Wort Deutschland erklingt, so fuhr Erich Ollenhauer fort, dann meinen wir ganz Deutschland. Wir haben für die Genossen in der russisch besetzten Zone Deutschlands zu sprechen. Wir vergessen sie niemals. Unsere Aufgabe, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu verwirklichen, wird erst dann voll beendet sein, wenn ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter den gleichen Bedingungen wie hier in Hamburg in Dresden oder Leipzig, in Magdeburg oder Rostock stattfindet. Niemand von uns vermag zu sagen, wann dieser Tag kommt, aber dieser Tag wird kommen".

Schliesslich erinnerte Ollenhauer an zwei grosse sozialistische Kongresse in Hamburg vor 25 und vor 27 Jahren - den Dritten Deutschen Arbeiter-Jugendtag im Jahre 1925 und den Internationalen Sozialistenkongress zu Pfingsten 1923, auch an einem 21. Mai und auch im Gewerkschaftshaus. Damals vereinigten sich alle sozialistischen Parteien wieder in einer gemeinsamen sozialistischen Internationale. Die Periode des neuen Zusammenschlusses war kurz, aber sie war die hoffnungs-

furt, Albert Grzesinski - New York, Alexander Stein - New York, Paul Bugdahn - Hamburg, Hugo Lindemann - Bensheim, Johann Reitze - Bezheim, Josef Simon - Nürnberg, Emil Kirschmann - New York, Fritz Gahn-Garnier - Mannheim, Walter Harich - Bortmund, Gustav Zimmermann - Mannheim, Albert Rosshaupter - München.

"Ein Name steht nicht in der Totenliste unseres Jahrbuches", fuhr Ollenhauer fort, "er war nicht Mitglied unserer Partei und er ist vor wenigen Wochen voruns gegangen: Léon Blum, der grosse Führer der französischen Partei und der anerkannte Repräsentant des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus in Europa. Die deutsche Sozialdemokratie trauert mit der französischen Sozialistischen Partei um einen der wertvollsten Menschen in der sozialistischen Bewegung."

Ollenhauer richtete im weiteren Verlauf seiner Ansprache, sichtlich bewegt, im Namen des gesamten Parteitages den Ruf an die ganze zivilisierte Welt: Helft uns, gebt uns unsere Kriegsgefangenen frei. Das Schicksal von 1 1/2 Millionen Deutscher versinke hinter einem Eisernen Vorhang, wenn es bei der bekannten Erklärung der Sowjetunion bleibe. "Schafft wenigstens die Gewissheit, sorgt dafür, dass die, die noch leben, die Freiheit erhalten! Die Gewissheit mag grausam sein, aber sie ist immer noch besser, als das Grauen der Ungewissheit, weil sie in Millionen von Menschen den Willen zum Leben und zum Neuen für immer zerstört."

"Wann immer hier in den nächsten Tagen das Wort Deutschland erklingt, so fuhr Erich Ollenhauer fort, dann meinen wir ganz Deutschland. Wir haben für die Genossen in der russisch besetzten Zone Deutschlands zu sprechen. Wir vergessen sie niemals. Unsere Aufgabe, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu verwirklichen, wird erst dann voll beendet sein, wenn ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter den gleichen Bedingungen wie hier in Hamburg in Dresden oder Leipzig, in Magdeburg oder Rostock stattfindet. Niemand von uns vermag zu sagen, wann dieser Tag kommt, aber dieser Tag wird kommen".

Schliesslich erinnerte Ollenhauer an zwei grosse sozialistische Kongresse in Hamburg vor 25 und vor 27 Jahren - den Dritten Deutschen Arbeiter-Jugendtag im Jahre 1925 und den Internationalen Sozialistenkongress zu Pfingsten 1923, auch an einem 21. Mai und auch im Gewerkschaftshaus. Damals vereinigten sich alle sozialistischen Parteien wieder in einer gemeinsamen sozialistischen Internationale. Die Periode des neuen Zusammenschlusses war kurz, aber sie war die hoffnungs-

vollste, die die europäischen Völker seit 1918 erlebt hatten." Heute sei die Notwendigkeit für ein Zusammengehen der europäischen Kräfte noch grösser als damals. Sie werde sich aber, so schloss Ollenhauer, nur erfüllen lassen, wenn alle europäischen Völker, die sich für die westeuropäische Kultur und Zivilisation entschieden haben, in dieser europäischen Zusammenarbeit das absolute Recht der Mitbestimmung haben. Es einem Partner zu verweigern, heisst Europa gefährden. "Das sind im Grund die Fragen, vor denen wir heute und morgen stehen. Ich bin sicher, wir werden die rechte Entscheidung fällen." Damit erklärte Ollenhauer den Parteitag für eröffnet.

Im Anschluss an Ollenhauers Ausführungen verlas Präsident Schönfelder zwei Anträge des PA und PV, die von den Delegierten des Parteitages einstimmig als Entschliessung angenommen wurden.

Antrag 56:

Antrag des Parteivorstandes und Parteiausschusses für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Verschleppten:

Fünf Jahre nach Beendigung des Krieges warten noch ehemalige deutsche Soldaten, verschleppte Jugendliche, Frauen und Zivilisten auf ihre Rückkehr in die Heimat.

In Frankreich, Holland und Belgien sitzen deutsche Kriegsgefangene seit Jahren in Untersuchungsgefängnissen, ohne dass bisher ihre Gerichtsverhandlung stattgefunden hat. Andere verbüssen langjährige Strafen; weil sie Wehrmachteinheiten angehört haben, bei denen einzelne gegen die Gebote der Menschlichkeit verstossen.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an die Völker Frankreichs, Belgiens und Hollands und ihre Regierungen, der Völkerversehrung mit einer Rechtsprechung zu dienen, die sich von dem Gedanken der Kollektivschuld freigemacht hat. Wir bitten die Regierungen, alle Gerichtsverhandlungen sofort abzuschliessen und die bisherigen Urteile zu überprüfen.

Noch um ein Vielfaches grösser ist die nach Zehntausenden zählende Armee bestrafter Kriegsgefangener in Sowjetrussland, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Wenn auch Transporte von verurteilten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion eintrafen - die Masse der seit 1946 wegen geringfügiger Versehen zu langen Jahren Zwangsarbeit Verurteilter hat noch nicht ihre Freiheit wiedererlangt. Ausserdem werden trotz der amtlichen russischen Erklärung in Sowjetrussland, Polen, der Tschechoslowakei und Albanien noch zahlreiche Kriegsgefangenenlager aufrechterhalten.

Die Masse der aus Deutschland verschleppten Jugendlichen, Frauen und Zivilisten wird noch immer in der Sowjetunion festgehalten. Sie sind zu Zwangsarbeitsklaven degradiert worden.

Die SPD ruft alle Demokraten der Welt auf, sich zu einem gemeinsamen Protest für die schnelle Befreiung dieser unglücklichen Menschen zusammenzuschliessen. Der Friede kann nur erhalten bleiben, wenn die Freiheit des einzelnen gesichert ist.

Antrag 57

Entschliessung zur Lage in der Sowjetzone:
Die Entwicklung in der Sowjetzone veranlasst den Parteitag

der Sozialdemokratie, warnend auf die Zustände in diesem Teil Deutschlands hinzuweisen.

Seit fünf Jahren wird in der Sowjetzone hinter der Fassade der Volksdemokratie um die einfachsten menschlichen Freiheiten gekämpft. Die Normen eines demokratischen Rechtsstaates haben dort keine Geltung. Es herrscht uneingeschränkter Terror. Im Kampf um Freiheit, Recht und Demokratie stehen seit 1945 die Sozialdemokraten in vorderster Front. Der kommunistische Aufrüttelungskampf hat unter den Sozialdemokraten Mitteldeutschlands grosse Opfer gefordert. Tausende von Funktionären der Sozialdemokratischen Partei sowie zahllose namenlose Freiheitskämpfer, die heute in den Gefängnissen und Kz der sowjetischen Besatzungszone oder in der Sowjetunion leiden, sind Zeugen dieses Kampfes.

Der Parteitag weist besonders auf die Militarisierung der Sowjetzone hin. In den Polizeibereitschaften werden unter Führung sowjetischer Offiziere Kadertruppen ausgebildet, die nicht nur der Sicherung des kommunistischen Regimes dienen, sondern für offensive Bürgerkriegsziele aufgestellt werden. Die kommunistische Aggressionspolitik hat die Zonengrenze zu einer Frontlinie im Kalten Krieg gemacht.

Die kommunistische Staatspartei, die SED und ihr Anhang getarnter Organisationen, werden vom deutschen Volk als russenhörige Quislinge abgelehnt. Erpresste Geständnisse und Schauprozesse, die in GPU- und SSD-Kellern vorbereitet werden, sollen von den inneren Widersprüchen der bolschewistischen Ideologie und Praxis ablenken. Die sowjetischen Drahtzieher wissen, dass geheime und freie Wahlen die Machtstellung der Stalinisten in Mitteldeutschland zertrümmern und die SED zu einer bedeutungslosen Splitterpartei, ähnlich der KP im Westen, machen würden. Deshalb wurden die bereits 1948 fälligen Wahlen verschoben. Die im Oktober 1950 stattfindenden Wahlen werden "volksdemokratisch" mit einer Einheitsliste durchgeführt.

Der Parteitag der Sozialdemokratie fordert zur Wiederherstellung der deutschen Einheit freie gesamtdeutsche Wahlen. Voraussetzung dieser Wahlen ist jedoch die Gewährleistung der freien Betätigung aller demokratischen Parteien unter Viermächtekontrolle als wirksame Garantie für die Abwehr aller bolschewistischen Terrorversuche. Um jede kommunistische Sabotage und jeden Versuch, den politischen Willen des Volkes zu verfälschen, unmöglich zu machen, muss die aus freien Wahlen hervorgehende gesamtdeutsche Nationalversammlung eine wirksame Macht ausüben können.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie grüsst mit Stolz und Zuversicht die Genossen in der Sowjetzone und erklärt seine enge Verbundenheit mit ihrem opferreichen Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Dieser Kampf ist eine entscheidende Voraussetzung für den Aufbau eines einheitlichen freien Gesamt-Deutschlands. Er ist ein mahnendes Vorbild für alle freiheitlichen Kräfte.

Den kämpfenden Sozialdemokraten und allen Opfern des kommunistischen Terrors gilt unser Gelöbnis und unser Gruss: Freundschaft - Freiheit!

SPD und DGB

Klarstellungen Hans vom Hoff

Als Vertreter des DGB und seines Vorsitzenden Dr.h.c.Hans Böckler sprach Hans vom Hoff zur Begrüssung über die Stellung der Gewerkschaften zu den politischen Parteien unter Berücksichtigung von drei zur Zeit besonders dringlichen Problemen. Das erste Problem sei die Reform der Sozialversicherung, zu der der Regierungsvorschlag das Bestreben zeige, in die Verhältnisse des vorigen Jahrhunderts zurückzukehren. Dagegen danke der DGB der SPD für ihren Initiativ-Antrag, der nicht nur altes Recht wiederherstellen, sondern zu neuen Verhältnissen vorstossen wolle. Auch zum zweiten Problem, der Frage der Mitbestimmung, stehe die SPD begrüssenswert positiv, denn es komme nicht darauf an, gegen unzureichende Nominallöhne, sondern für die Erhöhung des Real-Lohnes zu kämpfen. Das setze aber eine planvoll gelenkte Wirtschaft unter Mitbestimmung der Arbeiter voraus. Die Gewerkschaften werden in diesen Fragen die politischen Parteien vor die Entscheidung stellen, insbesondere auch bei dem dritten Problem, der Überführung der Grundstoff-Industrien in Allgemein-Eigentum - die Sozialisierung. Die Übereinstimmung der gewerkschaftlichen Forderungen mit dem Willen und der Tradition der SPD müsse auch die deutsche Arbeiterschaft zu politischen Konsequenzen führen. Alle Gewerkschaftsmitglieder verfolgten daher mit grosser Aufmerksamkeit das Ergebnis dieses Parteitages der SPD.

- - - - -

Stimmen der Ausländer

" Falls mit dem Schuman-Plan der Versuch verbunden sein sollte, die Sozialisierung zu verhindern, werden die französischen Sozialisten auf Eurer Seite stehen", erklärte am Sonntag vormittag auf dem Parteitag als Vertreter der französischen Sozialisten Salomon Grumbach. Mit "schmerzlicher Eifersucht" habe er den Vertreter des DGB hier sprechen hören. Grumbach stellte diesen von ihm begrüßten Vorgang die verfahrensgewerkschaftliche Situation in Frankreich gegenüber. Mit der Versicherung, "dass es ohne die deutsche Sozialdemokratie niemals eine dauerhafte, aktionsfähige, westdeutsche Republik geben kann", schloss Grumbach seine temperamentvollen, häufig mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Die Reihe der ausländischen Begrüssungsansprechen hatte vorher Dr.Unto Varjonen, Finnland, eingeleitet, der in knappen Worten ein ein-

drucksvolles Bild vom jahrelangen Kampf der finnischen Sozialdemokratie und ihren bemerkenswerten Erfolgen gab, sich gegenüber den starken gegnerischen Kräften in seinem Lande durchzusetzen.

Erwin Schneider überbrachte die Grüsse der Schweizer Sozialdemokratie und sprach mit besonderer Betonung von der "Bedeutung dieses Kongresses für die europäischen Probleme." Olof Lindquist, Schweden, der auch für die dänische Delegation sprach, gab Aufschluß über die erfolgreiche, im besten Sinne des Wortes aufbauende Regierungspolitik der sozialistischen Parteien in beiden Ländern.

In einem Londoner Telegramm wurde mitgeteilt, dass der Vertreter der Labour Party am Montag eintreffen werde.

- - - - -

Dem Gedenken der Naziopfer

sp. Hamburg, 21. Mai

In einer besonderen Feierstunde gedachte der Parteitag an seinem ersten Beratungstage auch der Opfer des Naziterrors. In den Mittagsstunden begaben sich die Parteitagedelegierten zu dem Ehrenmal für die Opfer des Faschismus auf dem Friedhof in Ohlsdorf, wo vom Präsidium des Parteitages ein grosser Kranz niedergelegt wurde. Zahlreiche Hamburger, die von dieser Feierstunde erfahren hatten, waren trotz der ungünstigen Mittagszeit erschienen. In einer kurzen, eindrucksvollen Ansprache gedachte der ehemalige Reichstags- und jetzige Alterspräsident des Bundestages, Paul Löbe, der Millionen, die von 1933 bis 1945 den Folter- und Vernichtungsmethoden des Nationalsozialismus zum Opfer fielen. Es wäre erschütternd, so führte Paul Löbe aus, würden sich uns heute in einer Vision die Gräber, die Zuchthäuser, Konzentrationslager und Vergasungsanstalten öffnen und die vielen Millionen gepeinigter und geschändeter Menschengestalten an uns vorüberziehen. Uns alle könne nur ein Gefühl tiefster Beschämung überkommen bei dem Gedanken, dass Angehörige unseres Volkes diese unbeschreiblichen Massenverbrechen begangen haben und es würden noch viele Jahre vergehen, bis wir dieses Gefühl verlieren, ja viele würden sich von diesen Gefühlen der Schande überhaupt nie mehr befreien können. Die Erkenntnis des grossen Verbrechens, das in den vergangenen Nazijahren begangen wurde, müsse uns aber wachsam machen gegen alle

Anzeichen, die auf die Möglichkeit einer Wiederholung hinweisen. Immer und bei jeder Gelegenheit sollten wir Sozialdemokraten daran denken, dass das Rot unserer Fahne das Rot der Liebe, der Freiheit und der Völkerversöhnung ist, dass dieses Rot uns Mahnung und Ansporn sein sollte, dafür einzustehen, dass die millionenfachen Opfer nicht umsonst gebracht wurden. Mit einem kurzen, stillen Gedenken fand die Feierstunde ihren Abschluss.

- o - o -

Berichte aus dem Parteivorstand

Die Reihe der Vorstandsberichte eröffnete am Sonntag nachmittag der Organisationssekretär beim Vorstand, Egon Franke. Verglichen mit der Zeit vor 1933 gibt es, nach seiner Darstellung und bezogen auf das gleiche Gebiet, heute 4 120 Ortsvereine mehr als damals, wobei freilich auch eine organisatorische Neuordnung des Gebietes zu berücksichtigen sei. Die Zahl der Mitglieder habe sich in der gleichen Zeit von 610 212 auf 736 218 erhöht. Franke nannte es eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit, zu versuchen, diese Zahl wesentlich zu erhöhen. Das soll vor allem auch durch eine grosse Werbeaktion im kommenden Herbst geschehen, die schon seit einiger Zeit vorbereitet wird.

Als eine besonders wichtige Forderung bezeichnete Egon Franke in diesem Zusammenhang die Intensivierung der Werbearbeit in den Betrieben, in denen die Partei unter allen Umständen erheblich stärker als bisher vertreten sein müsse.

Dem Parteivorstand liegt ein neues Organisationsstatut vor, das eine ganze Reihe von Einzelabänderungen des bisherigen vorsieht. Der Kern der Veränderungen ist eine Straffung der Organisation und eine Anpassung an die Erfordernisse einer modernen und politisch in jeder Situation schlagkräftigen Partei. Nur wenn diese Massnahmen, die der Parteivorstand vorschlägt, gebilligt werden, soll die Voraussetzung für einen wirklich erfolgreichen Kampf und für die Lösung der der SPD gestellten Aufgaben gegeben:

+

Das Parteivorstandsmitglied Alfred Nau berichtete dann über "Finanzen und Verwaltung" der SPD, die damit als einzige Partei öffentliche Rechenschaft über die Finanzgebahrung ablegt. Massenarbeitslosigkeit und unzulängliche Lebenshaltung des Volkes hätten auch auf die Parteifinanzen ihre Auswirkung gehabt. Nach dem Währungsverlust am

Tage X hätten die Wahlkämpfe und die Umlagerung in niedrigere Beitragsstufen trotz steigender Beitragsfreudigkeit die Gesamt-Einnahmen 1949 auf 7,4 Mill. DM beschränkt.

1 1/4 Mill. habe allein die Bundeswahl der Partei an Ausgaben verursacht neben der pekuniär nicht erfassbaren Arbeit ehrenamtlicher Helfer, die die fünf bis sechs Millionen DM Subventionen der Industrie und Wirtschaft an die bürgerlichen Parteien ausgleichen mussten. 300.000 DM wurden allein für zentrale Propaganda ausgegeben, denn: "...es gibt keine SPD-Rosenheim⁶ oder -Wesels, sondern nur eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands", kennzeichnete Alfred Nau diese zentrale Hilfe für schwache Teile der Organisation.

Lebhafte Klage führte er über die immer noch ausstehende Rückerstattung des von den Nazis geraubten Vermögens der Partei, das in den verschiedenen Besatzungsgebieten einem unterschiedlichen Recht unterliege. Besonders in der britischen Zone leide die Rückerstattung unter Verschleppung, das Behördentempo grenze an Sabotage und die Gerichte erstickten das Recht in formaljuristischen Erwägungen, die geeignet seien, das Zerstörungswerk der Nazis zu vollenden. Alfred Nau schloss mit einem Appell an die Besatzungsmächte, fünf Jahre nach Kriegsschluss endlich das unter ihrer Verwaltung stehende, von den Nazis geraubte Parteivermögen wieder zurückzuerstatten.

+

Über Presse und Propaganda sprach das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes Fritz Heine. Heine ging davon aus, dass es in den letzten 20 Jahren kaum einen anderen Wirtschaftszweig gegeben habe, der solchen Schwankungen ausgesetzt war wie die Presse in Deutschland. Den Beitrag, den ein grosser Teil dieser Presse zur Demokratisierung leistet, nannte er ungenügend. "Als eine direkte Gefahr für die Demokratie betrachten wir jene Druckerzeugnisse, die eigentlich nur dem Rohstoff nach in die Kategorie der Presse gehören. Wenn die deutsche Publizistik und die deutsche Öffentlichkeit diesen Organen gegenüber nicht bald mit einem Prozess der Selbstbereinigung beginnen, dann ist das Ende der freien Meinungsbildung und Meinungsäusserung nicht mehr allzu fern. Diese Presseerzeugnisse bemühen sich heute noch um eine gewisse Tarnung, die zur Parodie wird; wenn sich ausgerechnet eine kommunistische Zeitung "Die Wahrheit" und eine neofaschistische "Der Fortschritt" nennt." Sehr bedenklich sei die Rolle, die gewisse Industrielle bei der Finanzierung derartiger Unternehmungen spielten.